



# Handelskammer und Gewerbe für AKB-Verkauf

Bei vier Staatsbetrieben, darunter die Kantonalbank, sollte der Aargau laut Studie seine Anteile veräussern.

**Daniel Vizontini**

Die **Aargauische Industrie- und Handelskammer** und der Gewerbeverband bringen die Privatisierung von Staatsbetrieben wieder aufs politische Tapet: Sie haben eine Studie in Auftrag gegeben, um die Beteiligungen des Kantons an verschiedenen Unternehmen zu überprüfen. Das Ergebnis: Bei 11 von 47 Betrieben, bei denen der Aargau finanziell engagiert ist, sollte die kantonale Beteiligung näher untersucht werden. Bei vier Firmen empfiehlt dies die Studie mit Nachdruck: Betroffen sind die Aargauische Kantonalbank, die AEW Energie AG, das Software-Unternehmen Viacar für das Strassenverkehrsamt und die Schulverlag plus AG, die Lehrmittel im Kanton herausgibt.

Mit den Studienergebnissen in der Hand fordern **Handelskammer** und Gewerbeverband nun in einem ersten Schritt eine Teilprivatisierung der Aargauischen Kantonalbank. Für die staat-

liche Beteiligung bestehe keine ökonomische Rechtfertigung, argumentieren sie. Die Wettbewerbsverzerrungen mit der Staatsgarantie seien enorm, und die Steuerzahler tragen das Risiko, falls es mit der Bank bachab gehen sollte.

Der Aargauischen Kantonalbank geht es derzeit aber so gut wie nie: 2023 verbuchte sie ein Rekordergebnis. Mit Gewinnablieferung, Abgeltung der Staatsgarantie und Steuern wurden Kanton und Standortgemeinden über 140 Millionen Franken abgeliefert.

## Im Kantonsparlament werden die Staatsbetriebe wieder thematisiert

Gestern wäre im Grossen Rat auch ein Vorstoss betreffend «Eindämmung der Marktexpansion und Wettbewerbsverzerrung durch Staatsbetriebe» traktandiert gewesen, eingereicht von Ratsmitgliedern der FDP, SVP, GLP und Mitte. Weil die Zeit fehlte, wurde er auf eine nächste Sitzung verschoben.

*Kommentar rechts*

**Region**